

# Antragsbuch

## Ordentlicher Kreisparteitag

am 23. September 2024

### Inhalt

Antrag A1: „Aufstellung Reserveliste zur Kommunalwahl 2025 in der Bielefelder FDP“ .....	2
Antrag A2: „Mehr Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit!“ .....	4
Verwiesener Antrag A3: „Sicherheit an Brennpunkten in der Innenstadt stärken“ .....	5
Verwiesener Antrag A4: „Wohnungsbau fördern – im Großen wie im Kleinen“ .....	6
Verwiesener Antrag A5: „Bildungsmarkt liberalisieren- mehr Freiheit bei den Lernmitteln“... 7	
Antrag A6: „Raum für Wohlstand und Arbeit – Gewerbeflächen für Bielefeld“ .....	8
Änderungsantrag A7: „Keine flächendeckende Videoüberwachung in Bielefeld“ .....	9

---

**ZEILE**

1 **Antrag A1: „Aufstellung Reserveliste zur Kommunalwahl 2025 in der**  
2 **Bielefelder FDP“**

3 **Antragssteller: Kreisvorstand**  
4 **Der Kreisparteitag möge beschließen:**

5  
6 Die offizielle und wahlrechtlich verbindliche Aufstellung der Reserveliste zur Kommunalwahl  
7 erfolgt auf einer Kreiswahlversammlung in freier und geheimer Wahl. Angestrebter Termin ist  
8 das erste Quartal 2025. Für die Kreiswahlversammlung kann jedoch ein Vorschlag durch Vor-  
9 stand und/oder Kreisparteitag gemacht werden. Dieser soll mit Hilfe einer parteiinternen Vor-  
10 wahl gebildet werden.

11  
12 **Ablauf der Vorwahl:**

- 13
- 14 1. Start der Vorwahl ist eine digitale Informationsveranstaltung, die die Ratstätigkeit selbst  
15 vorstellt und das Vorwahlverfahren detailliert erläutert. Wer verhindert ist, kann sich  
16 auch über die Geschäftsstelle informieren.  
17
  - 18 2. Sammlung der Vorschläge: Alle Mitglieder werden per Rundmail gebeten, innerhalb von  
19 zwei Wochen Vorschläge für Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl auf einer aussichts-  
20 reichen Position der Reserveliste zu machen. Jedes Mitglied kann ein anderes Mitglied  
21 vorschlagen, auch sich selbst. Die vorgeschlagenen Mitglieder werden durch die Ge-  
22 schäftsstelle über die Verpflichtungen (Dauer der Legislaturperiode, zeitlicher Aufwand,  
23 Freiheit von Interessenskonflikten, Spendenerwartung, Erwartung der konstruktiven Zu-  
24 sammenarbeit und Einhaltung des Fraktionsstatuts, aktueller Stand des Kommunalwahl-  
25 programms, Erwartungen hinsichtlich der Kandidatur im Vorwahlprozess, Bereitschaft  
26 zur Wahlkreisandidatur) aufgeklärt. Die Erwartungen der Partei an Kandidierende und  
27 spätere Ratsmitglieder werden schriftlich fixiert und von den Bewerberinnen und Bewer-  
28 bern als Willensbekundung unterzeichnet.  
29
  - 30 3. Nach Ablauf der zwei Wochen werden auf einer Kreisvorstandssitzung alle vorgeschlage-  
31 nen Bewerberinnen und Bewerber, die zur Kandidatur bereit sind und zugesagt haben,  
32 die geäußerten Erwartungen der Partei (s. 2.) zu erfüllen, als Vorschläge bestätigt.  
33
  - 34 4. Der Kreisvorstand legt anhand der Anzahl der Bewerbungen und seiner Einschätzungen  
35 zum Wahlerfolg fest, wie viele Positionen der Reserveliste durch den Vorwahlprozess ge-  
36 wählt werden sollen, d.h. wie viele Positionen als „aussichtsreich“ angesehen werden,  
37 um so eine Trennlinie zu den reinen Wahlkreisbewerberinnen und -bewerbern zu ziehen.  
38
  - 39 5. Alle als Vorschläge bestätigten Bewerberinnen und Bewerber werden vom Kreisvorstand  
40 um eine schriftliche Vorstellung ihrer Person und politischen Ziele gebeten. Vorlagen

---

## ZEILE

- 41 hierfür werden zur Verfügung gestellt. Nach einer Frist von zwei Wochen werden alle bis  
42 dahin eingegangenen schriftlichen Vorstellungen an alle Mitglieder versandt.  
43
- 44 6. Die Mitglieder können zwei Wochen lang schriftlich oder per Mail direkt oder über die  
45 Geschäftsstelle Fragen an die Bewerberinnen und Bewerber richten. Nach zwei Wochen  
46 werden alle eingegangenen Fragen mit der Antwort an alle Mitglieder unter Nennung  
47 des jeweiligen Fragestellers versandt.  
48
- 49 7. Nach Versand dieser schriftlichen Kandidatenbefragung findet eine Mitgliederversamm-  
50 lung statt, auf dem sich jede/r Bewerber/in persönlich vorstellt. Der Kreisvorstand kann  
51 eine Redezeitbegrenzung hierfür vorsehen, die den BewerberInnen mindestens 24 Stun-  
52 den vor der Versammlung zur Vorbereitung mitzuteilen ist. Auf der Versammlung kön-  
53 nen die Kandidierenden ebenfalls befragt werden. Ggf. muss eine Begrenzung der Fra-  
54 genanzahl und –dauer durch die Sitzungsleitung vereinbart werden. Die Reihenfolge der  
55 Vorstellungen werden per Los bestimmt. Jedes Mitglied des KV Bielefeld, das zum Zeit-  
56 punkt der Mitgliederversammlung drei Monate Mitglied der Partei ist, kann nach der  
57 persönlichen Vorstellung Bewerberinnen und Bewerber für die Reserveliste wählen.  
58 Hierfür werden auf einem Stimmzettel alle Bewerberinnen und Bewerber aufgeführt und  
59 die vom Mitglied gewünschte Listenplatzierung angegeben, also z.B. die „3“ für den vom  
60 Mitglied gewünschten Bewerber auf Platz 3 der Reserveliste. Es werden so viele Positio-  
61 nen vergeben, wie der Kreisvorstand als aussichtsreich festgelegt hat. Jede Position darf  
62 nur einmal vergeben werden. Die Auszählung der Stimmzettel erfolgt auf der Mitglieder-  
63 versammlung selbst oder bei fortgeschrittener Zeit direkt am Morgen danach zu einer  
64 bekanntgegebenen Uhrzeit parteiöffentlich in der Geschäftsstelle.  
65
- 66 8. Zur ersten Sitzung des Kreisvorstandes nach der Mitgliederversammlung werden alle  
67 Kandidierenden eingeladen und die Ergebnisse je Bewerberin und Bewerber werden be-  
68 kannt gegeben und diskutiert. Hierbei wird jeweils angegeben, wie oft welche Listenposi-  
69 tion jeweils angegeben wurde (Bsp: Für Bewerber A 5 Stimmen für Position 2, 3 Stimmen  
70 für Position 3, 14 Stimmen für Position 4 usw.). Der Vorstand führt sodann Gespräche  
71 mit den Kandidierenden, fragt die Präferenz zur Kandidatur auf bestimmten Plätzen ab  
72 und lotet die Möglichkeit eines Vorstandsvorschlages für die Wahl der Reserveliste aus.  
73 Dieser wird ggf. auf der Kreiswahlversammlung vorgeschlagen. Die Aufstellung der Reser-  
74 veliste kann auch ohne Vorschlag des Vorstandes erfolgen.  
75
- 76 9. Das beschriebene Verfahren zur Aufstellung der Reserveliste soll im Herbst 2024 durch-  
77 geführt werden.  
78

---

**ZEILE**

1 **Antrag A2: „Mehr Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit!“**

2 **Antragsteller: Junge Liberale Bielefeld**

3 **Der Kreisparteitag möge beschließen:**

4

5 Die FDP-Bielefeld lehnt jede Art von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen ab. Video-  
6 überwachung kann nur ein rein subjektives Unsicherheitsgefühl beruhigen, führt aber zu kei-  
7 ner Reduzierung von Kriminalität. Stattdessen wird diese lediglich an andere Orte verlagert.

8

9 Eine Politik, die den Menschen durch immer mehr Überwachungsmaßnahmen unter Gene-  
10 ralverdacht stellt, schafft Misstrauen zwischen Staat und Bürgern.

11

12 **Begründung**

13 Erfolgt mündlich.

14

---

**ZEILE**

1 **Verwiesener Antrag A3: „Sicherheit an Brennpunkten in der Innenstadt**  
2 **stärken“**

3 **Antragssteller: OV-Mitte**

4 Die FDP Bielefeld möge sich mit folgenden Maßnahmen für mehr Sicherheit an den bekann-  
5 ten Brennpunkten in der Stadt – „Tüte“ und Kesselbrink - einsetzen:

6

7 • Dauerhafte Präsenz von Ordnungskräften zu den Zeiten, an denen die Bürger hauptsäch-  
8 lich dort unterwegs sind (10.00 Uhr – 22.00 Uhr).

9 • Das kann zum Beispiel in Form eines dort stationierten Fahrzeugs sein, das für jeden er-  
10 kennbar ist, um das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

11 • Erwartung des sofortigen Einschreitens der Ordnungskräfte bei Verstößen gegen die ord-  
12 nungsrechtliche Verordnung der Stadt.

13

14 **Begründung**

15 Erfolgt mündlich

---

**ZEILE**

1 **Verwiesener Antrag A4: „Wohnungsbau fördern – im Großen wie im Kleinen“**

2 **Antragssteller: OV-Brackwede**

3 Die Kreispartei möge sich dafür einsetzen, dass der Wohnungsbau in Bielefeld auf vielen  
4 Ebenen gefördert wird.

5

6 Damit sind folgende Aspekte gemeint:

7 • die Ausweisung neuer Wohnbaugebiete im gesamten Stadtgebiet,

8 • die Nutzung von Baulücken, kleinen Grundstücken und die Arrondierung bzw. Einbezie-  
9 hung von angrenzenden Flächen,

10 • die Nutzung von sinnvollen Flächen, auch wenn es möglicherweise gilt, Planungshürden  
11 (z.B. Änderung des Flächennutzungsplanes) zu überwinden,

12 • die vorurteilsfreie Unterstützung aller Wohnformen vom Eigenheim, über das Zwei- und  
13 Mehrfamilienhaus bis hin zum Studentenwohnheim oder Wohnblock und

14 • die ergebnisoffene Prüfung von Flächen, die von Umweltverbänden und Vorfeldorganisa-  
15 tionen offensichtlich aus prinzipiellen Gründen bekämpft bzw. abgelehnt werden.

16

17 **Begründung**

18 Erfolgt mündlich

---

**ZEILE**

1 **Verwiesener Antrag A5: „Bildungsmarkt liberalisieren- mehr Freiheit bei den**  
2 **Lernmitteln“**

3 **Antragsteller: Liberale Schüler Bielefeld**

4 **Der Kreisparteitag möge beschließen:**

5 Wir beantragen die Abschaffung der Zulassung von Lernmitteln durch staatliche Stellen, und  
6 fordern stattdessen die Stärkung der Schulautonomie in Bezug auf die Auswahl von Schulbü-  
7 chern und Lernmaterialien.

8

9 **Begründung:**

10 Die aktuelle Praxis der staatlichen Zulassung von Lernmitteln führt oft zu einer eingeschränk-  
11 ten Auswahl und einer starren Vorgabe von Lehrinhalten. Wir sind der Überzeugung, dass  
12 jede Schule die Freiheit haben sollte, ihre eigenen Schulbücher entsprechend ihrer pädagogi-  
13 schen Konzepte und den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler auszuwählen.

14

15 Unser Ziel ist es, dass Schulbücher im Unterricht als unterstützendes Material fungieren, je-  
16 doch nicht zwingend den gesamten Lehrplan vollständig integrieren müssen. Dies ermöglicht  
17 es den Lehrkräften, flexibler auf individuelle Lernbedürfnisse einzugehen und den Unterricht  
18 lebendiger zu gestalten.

19

20 Des Weiteren soll jede Schule die Freiheit haben, die Preisgestaltung ihrer Schulbücher selbst  
21 zu bestimmen. Dies fördert den Wettbewerb zwischen den Anbietern und kann zu einer kos-  
22 tengünstigen Beschaffung von Lernmaterialien führen. Insbesondere möchten wir den Fokus  
23 verstärkt auf digitale Bücher legen, um den Schülerinnen und Schülern zeitgemäße Lernme-  
24 thoden zu ermöglichen.

25

26 Durch die Abschaffung der staatlichen Zulassung von Lernmitteln erleichtern wir auch den  
27 Bürokratieabbau und öffnen den Markt für kleine Unternehmen mit wichtigen Innovationen.  
28 Dies fördert nicht nur die Vielfalt an verfügbaren Lernmaterialien, sondern auch die Entwick-  
29 lung neuer pädagogischer Ansätze.

---

**ZEILE**

1 **Antrag A6: „Raum für Wohlstand und Arbeit – Gewerbeflächen für Bielefeld“**

2 **Antragssteller: Kreisvorstand**

3 **Der Kreisparteitag möge beschließen:**

4

5 Die FDP Bielefeld setzt sich für eine Beendigung des Gewerbeflächennotstands in Bielefeld  
6 ein. Gemäß den Empfehlungen der Gewerbeflächenbedarfsprognose und unter Rückgriff der  
7 im Regionalplan vorgesehenen Gebietskulisse muss die Stadt Bielefeld eine Planung erstellen,  
8 mit der bis zum Jahr 2030 180 ha Gewerbefläche entwickelt wird.

9

10 **Begründung:**

11 Ohne Entwicklungsmöglichkeiten für bestehende Unternehmen und ohne Ansiedlungsmög-  
12 lichkeit für wachsende Unternehmen zerfällt die Basis des Wohlstands in Bielefeld.

13

14 Die 2016 vorgelegte Gewerbeflächenbedarfsprognose empfiehlt die jährliche Ausweisung von  
15 10 ha Gewerbegebieten sowie die Schaffung eines Flächenpools von 50 ha. Für die fünf Jahre  
16 der kommenden Ratswahlperiode ergibt sich somit ein Bedarf von 180 ha (50 ha Pool, 80 ha  
17 Rückstand aus 2016 bis 2024, 10 ha pro Jahr).

18



---

**ZEILE**

1 **Änderungsantrag A7: „Keine flächendeckende Videoüberwachung in**  
2 **Bielefeld“**

3 **Antragssteller: Jasmin Wahl-Schwentker, Jan Maik Schlifter**

4 **Der Kreisparteitag möge beschließen:**

5

6 Die Bielefelder FDP lehnt eine flächendeckende Videoüberwachung ab. Ein zeitlich befristeter  
7 und örtlich auf Gefahrenschwerpunkte begrenzter Einsatz von Kamerasystemen kann im Rah-  
8 men eines umfassenden Sicherheitskonzeptes die Arbeit von Polizei und Ordnungsamt ergän-  
9 zen. Einen Einsatz an der Tüte und am Kesselbrink sehen wir unter diesen Bedingungen durch  
10 die dort mittlerweile stark angestiegene Kriminalität als sinnvoll an. Der Schwerpunkt der Si-  
11 cherheitsarbeit muss jedoch durch Polizeibeamtinnen und -beamte erfolgen, die für ihre Ar-  
12 beit optimal auszustatten sind.

13

14

15 **Begründung:**

16 Erfolgt mündlich